

Stand: 28.06.2026 16:39:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12010

"Kooperation der EVP mit der AfD im EU-Parlament: Hatte die Staatsregierung Kenntnis?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12010 vom 15.06.2026



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Florian von Brunn SPD**
vom 15.03.2026

Kooperation der EVP mit der AfD im EU-Parlament: Hatte die Staatsregierung Kenntnis?

Recherchen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vom 14. März 2026 belegen, dass die von dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments Manfred Weber (CSU) als Fraktionsvorsitzendem geführte EVP-Fraktion im Europäischen Parlament über eine WhatsApp-Gruppe und ein persönliches Treffen am 4. März 2026 strukturiert mit rechtsextremen Fraktionen – darunter die AfD – an der Rückführungsverordnung zusammenarbeitete und dabei auch AfD-Vorschläge übernahm.

Dies steht im Widerspruch zur Aussage des Abgeordneten des Europäischen Parlaments Manfred Weber (CSU) gegenüber der Funke-Mediengruppe Ende 2025, es gebe „keine strukturierte Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Parteien“, und zur Beteuerung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder „Natürlich bleibt die Brandmauer, härter denn je“ (ZDF, 2. Februar 2025). Ministerpräsident Dr. Markus Söder warnte zudem auf dem CDU-Parteitag am 3. Februar 2025: „Weimar war ein langer, schleichender Prozess. Das darf uns nicht passieren“, und erklärte, er wolle „kein von Papen werden“.

Der Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt wirbt laut dpa für das „Return Hub“-Konzept, das im EU-Parlament nur mit rechtsextremen Stimmen eine Mehrheit fand. Der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann arbeitet nach eigener Aussage „gemeinsam mit der Bundesregierung“ an der Migrationspolitik.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.a) Über welche Details der Zusammenarbeit zwischen der EVP-Fraktion und der AfD sowie weiteren rechtsextremen Fraktionen im EU-Parlament war der Ministerpräsident vor Veröffentlichung der dpa-Recherchen am 14. März 2026 informiert (einschließlich solcher Informationen, die über nichtdienstliche Kommunikationskanäle wie private Messenger an Mitglieder der Staatsregierung gelangten, soweit sie Bezug zu deren Regierungstätigkeit haben)? 4
- 1.b) Ab wann lagen dem Ministerpräsidenten entsprechende Informationen vor? 4
- 1.c) Über welche Details dieser Zusammenarbeit waren die weiteren Mitglieder der Staatsregierung jeweils informiert (bitte aufgeschlüsselt nach Ressort und Zeitpunkt)? 4

-
- 2.a) Wann wurde der Ministerpräsident erstmals über die Einrichtung einer gemeinsamen WhatsApp-Gruppe zwischen der EVP-Fraktion und den Fraktionen EKR, PFE und ESN sowie über das persönliche Treffen von EVP- und AfD-Abgeordneten am 4. März 2026 informiert? 4
- 2.b) Wann wurde Staatsminister Joachim Herrmann erstmals über diese WhatsApp-Gruppe sowie über das persönliche Treffen von EVP- und AfD-Abgeordneten am 4. März 2026 informiert? 4
- 4.b) Welche Erkenntnisse lagen der Staatsregierung vor der Ausschussabstimmung darüber vor, dass für die Rückführungsverordnung eine Mehrheit nur unter Einbeziehung rechtsextremer Fraktionen einschließlich der AfD erreichbar sein würde? 4
- 4.c) Wie hat sich die Staatsregierung, insbesondere Ministerpräsident Dr. Markus Söder, konkret gegenüber dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments Manfred Weber (CSU) und der EVP-Fraktion für eine Einhaltung der Brandmauer gegenüber der AfD eingesetzt, z. B. durch schriftliche Stellungnahmen? 5
- 2.c) Welche Berichte hat die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU an die Staatskanzlei oder das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration über die Zusammenarbeit der EVP-Fraktion mit rechtsextremen Fraktionen im EU-Parlament übermittelt (bitte mit Datum und Empfänger)? 5
- 3.a) Welche Gespräche fanden zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt seit dem 1. Januar 2026 zum Thema „Return Hubs“ und zur Rückführungsverordnung im EU-Parlament statt (bitte mit Datum und Kommunikationsform)? 5
- 3.b) Welche Gespräche fanden zwischen Staatsminister Joachim Herrmann und dem Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt im selben Zeitraum zu diesem Thema statt (bitte mit Datum und Kommunikationsform)? 5
- 3.c) Welche Informationen hat der Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt der Bayerischen Staatsregierung über die Strategie der EVP-Fraktion zur Mehrheitsbeschaffung für die Rückführungsverordnung übermittelt? 5
- 4.a) Inwieweit war die Bayerische Staatsregierung an der Erarbeitung des vom Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt befürworteten „Return Hub“-Konzepts beteiligt? 5
- 5.a) Welche konkreten Vorkehrungen hat der Ministerpräsident innerhalb der Staatsregierung getroffen, um den von ihm selbst gewarnten „schleichenden Prozess“ auch angesichts der nun belegten Kooperation auf EU-Ebene operativ zu verhindern? 6
- 6.a) Wird die Staatsregierung gegenüber der Bundesregierung und insbesondere dem Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt auf eine Mehrheitsbeschaffung für die Rückführungsverordnung ohne rechtsextreme Fraktionen hinwirken? 6

| | |
|---|---|
| 6.b) Wenn nein zur Frage 6 a, warum nicht? | 6 |
| 5.b) Welche Treffen oder sonstigen Kontakte fanden zwischen Mitgliedern oder Beauftragten der Staatsregierung und Vertretern der AfD seit Beginn der laufenden Legislaturperiode statt (bitte aufgeschlüsselt nach Datum, Teilnehmern und Anlass)? | 6 |
| Hinweise des Landtagsamts | 7 |

Antwort

**der Staatskanzlei im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern,
für Sport und Integration**

vom 13.05.2026

Vorbemerkung:

Schriftliche Anfragen müssen sich auf Angelegenheiten beschränken, für die die Staatsregierung zuständig ist. Das parlamentarische Fragerecht erstreckt sich nicht auf Angelegenheiten, die nicht in die Zuständigkeit der Staatsregierung fallen. Umfasst sein kann lediglich der staatliche Bereich.

Keine Zuständigkeit der Staatsregierung besteht etwa für Angelegenheiten des Europäischen Parlaments und der dort vertretenen Fraktionen.

Entsprechendes gilt für „Return Hubs“. Die Zuständigkeit für den Abschluss einer Vereinbarung mit einem Drittstaat über deren Einrichtung liegt bei den Mitgliedstaaten.

- 1.a) **Über welche Details der Zusammenarbeit zwischen der EVP-Fraktion und der AfD sowie weiteren rechtsextremen Fraktionen im EU-Parlament war der Ministerpräsident vor Veröffentlichung der dpa-Recherchen am 14. März 2026 informiert (einschließlich solcher Informationen, die über nichtdienstliche Kommunikationskanäle wie private Messenger an Mitglieder der Staatsregierung gelangten, soweit sie Bezug zu deren Regierungstätigkeit haben)?**
- 1.b) **Ab wann lagen dem Ministerpräsidenten entsprechende Informationen vor?**
- 1.c) **Über welche Details dieser Zusammenarbeit waren die weiteren Mitglieder der Staatsregierung jeweils informiert (bitte aufgeschlüsselt nach Ressort und Zeitpunkt)?**
- 2.a) **Wann wurde der Ministerpräsident erstmals über die Einrichtung einer gemeinsamen WhatsApp-Gruppe zwischen der EVP-Fraktion und den Fraktionen EKR, PflE und ESN sowie über das persönliche Treffen von EVP- und AfD-Abgeordneten am 4. März 2026 informiert?**
- 2.b) **Wann wurde Staatsminister Joachim Herrmann erstmals über diese WhatsApp-Gruppe sowie über das persönliche Treffen von EVP- und AfD-Abgeordneten am 4. März 2026 informiert?**
- 4.b) **Welche Erkenntnisse lagen der Staatsregierung vor der Ausschussabstimmung darüber vor, dass für die Rückführungsverordnung eine Mehrheit nur unter Einbeziehung rechtsextremer Fraktionen einschließlich der AfD erreichbar sein würde?**

- 4.c) Wie hat sich die Staatsregierung, insbesondere Ministerpräsident Dr. Markus Söder, konkret gegenüber dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments Manfred Weber (CSU) und der EVP-Fraktion für eine Einhaltung der Brandmauer gegenüber der AfD eingesetzt, z. B. durch schriftliche Stellungnahmen?**

Die Fragen 1 a bis 2 b sowie 4 b und 4 c werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Informationen wurden der Presseberichterstattung entnommen. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- 2.c) Welche Berichte hat die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU an die Staatskanzlei oder das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration über die Zusammenarbeit der EVP-Fraktion mit rechtsextremen Fraktionen im EU-Parlament übermittelt (bitte mit Datum und Empfänger)?**

Die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel berichtet im Rahmen der im Internet öffentlich abrufbaren Europaberichte regelmäßig über den fachlichen Inhalt von Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene. Zudem besteht ein fortlaufender fachlicher Austausch der Fachebene der bayerischen Vertretung in Brüssel mit den Fachebenen der zuständigen Ressorts.

- 3.a) Welche Gespräche fanden zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt seit dem 1. Januar 2026 zum Thema „Return Hubs“ und zur Rückführungsverordnung im EU-Parlament statt (bitte mit Datum und Kommunikationsform)?**
- 3.b) Welche Gespräche fanden zwischen Staatsminister Joachim Herrmann und dem Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt im selben Zeitraum zu diesem Thema statt (bitte mit Datum und Kommunikationsform)?**
- 3.c) Welche Informationen hat der Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt der Bayerischen Staatsregierung über die Strategie der EVP-Fraktion zur Mehrheitsbeschaffung für die Rückführungsverordnung übermittelt?**
- 4.a) Inwieweit war die Bayerische Staatsregierung an der Erarbeitung des vom Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt befürworteten „Return Hub“-Konzepts beteiligt?**

Die Fragen 3 a bis 3 c sowie 4 a werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen. Das fachlich betroffene Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration war daher nicht eingebunden.

5.a) Welche konkreten Vorkehrungen hat der Ministerpräsident innerhalb der Staatsregierung getroffen, um den von ihm selbst gewarnten „schleichenden Prozess“ auch angesichts der nun belegten Kooperation auf EU-Ebene operativ zu verhindern?

6.a) Wird die Staatsregierung gegenüber der Bundesregierung und insbesondere dem Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt auf eine Mehrheitsbeschaffung für die Rückführungsverordnung ohne rechtsextreme Fraktionen hinwirken?

6.b) Wenn nein zur Frage 6 a, warum nicht?

Die Fragen 5 a, 6 a und 6 b werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

5.b) Welche Treffen oder sonstigen Kontakte fanden zwischen Mitgliedern oder Beauftragten der Staatsregierung und Vertretern der AfD seit Beginn der laufenden Legislaturperiode statt (bitte aufgeschlüsselt nach Datum, Teilnehmern und Anlass)?

Im Landtag und im Rahmen sonstiger gesellschaftlicher Veranstaltungen erfolgt immer wieder ein Aufeinandertreffen mit Mitgliedern der Oppositionsfraktionen. Geplante Treffen mit Mitgliedern der AfD-Fraktion fanden nicht statt.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.